

ISOR aktuell

Nummer 3/2005 ★ 13. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ März 2005

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.



Vorstand und Redaktion
grüßen alle ISOR-
Freundinnen und
Sympathisantinnen
herzlich anlässlich
des Internationalen
Frauentages

Weitere Umsetzung der Beschlüsse der Vertreterversammlung

Ausgehend von den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom Juni und Juli 2004 und der daraufhin stattgefundenen außerordentlichen Vertreterver-

sammlung beabsichtigt der Vorstand der ISOR e.V., ehemalige Verantwortungsträger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu Gesprächen

einzuladen. Ziel ist es, weitere Initiativen zur Verstärkung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und die Versorgungsgerechtigkeiten auszulösen. Eine erste derartige Beratung fand mit ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS am 16.02.05 in Berlin statt.

Die Teilnehmer der Beratung verabschiedeten den nachfolgenden Offenen Brief:

Offener Brief

- ▶ **An alle ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)/Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) der DDR, deren Angehörige und Hinterbliebene**
- ▶ **An alle solidarischen Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit und gegen Rentenstrafrecht**

Auf Einladung des Vorsitzenden der ISOR e. V., Horst Parton, und des ehemaligen Leiters des AfNS, Dr. Wolfgang Schwanitz, fand heute in Berlin eine Beratung des ISOR-Vorstands mit ehemaligen Verantwortungsträgern im MfS/AfNS und in den Bezirksverwaltungen statt. Der ISOR-Vorsitzende gab eine Einschätzung zur Lage nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni und vom 27. Juli 2004 und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den weiteren Kampf zur Beseitigung des noch verbliebenen Rentenstrafrechts. Der ehemalige Leiter des AfNS sprach zu einigen politischen Aspekten im Zusammenhang mit der Diskriminierung, Ungleichbehandlung und sozialen Ausgrenzung ehemaliger Mitarbeiter des MfS/AfNS.

In einem regen Meinungsaustausch wurden die bisherigen Ergebnisse des 14-jährigen Wirkens der ISOR e.V. sowie vieler Mitstreiter und Sympathisanten in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Parteien gegen soziale Ungerechtigkeiten, Ausgrenzung und Rentenstrafrecht gewürdigt.

Wir sind uns darin einig, dass sich trotz der errungenen Erfolge die Bedingungen für den Kampf gegen verbliebenes Rentenstrafrecht verschärft haben. Es kommt jetzt darauf an, die Kräfte zu bündeln, um gegenüber Politik und Justiz den notwendigen Druck auszuüben, die willkürliche Ungleichbehandlung von rund 200.000 ehemaligen DDR-Bürgern zu beseitigen. Wir rufen alle Betroffenen, die vielen Mitstreiter und Sympathisanten mit diesem Offenen Brief auf:

- ▶ **Stärkt die Reihen der ISOR e.V.! Wir fordern alle noch abseits stehenden ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS auf, die Kraft der nahezu 25.000 ISOR-Mitglieder zu erhöhen.**
- ▶ **Übt Solidarität untereinander und mit anderen von sozialer Ungerechtigkeit Betroffenen. Als Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden tritt ISOR gemeinsam mit vielen Anderen für soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung ein.**
- ▶ **Nutzt Euer verfassungsmäßiges Recht und gebt der Forderung nach Beseitigung ver-**

bliebenen Rentenstrafrechts durch viele individuelle Petitionen an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags nachhaltigen Ausdruck.

- ▶ **Weist Lügen und Verleumdungen über die DDR und das MfS/AfNS sachlich und entschieden zurück; helft, die Wahrheit zu verbreiten.**

Wir werden unsere Kräfte und Möglichkeiten nutzen, die Solidarität in diesem gemeinsamen Kampf wirksam zu unterstützen.

Im Auftrag der Anwesenden

Horst Parton,

Vorsitzender der ISOR e.V.

Dr. Wolfgang Schwanitz,

ehemaliger Leiter des AfNS

Berlin, 16. Februar 2005

Der Vorstand gibt eine Empfehlung für ein festliches Konzert zum

60. Jahrestag der Befreiung

Am **Sonnabend, dem 7. Mai 2005**, 20.00 Uhr findet dieses Konzert im Konzerthaus Berlin (Schauspielhaus) statt, wofür es leider noch nicht gelungen ist, eine staatliche bzw. kommunale Unterstützung des Landes Berlin zu erhalten.

Es spielen: Russische Musiker, die Internationalen Symphoniker in Deutschland, das international bekannte Rachmaninow-Trio (Moskau) und der Goldmedaillengewinner des Tschaikowsky-Wettbewerbs 1998, Nikolai Sachenkow.

Der **Kartenvorverkauf** beginnt am 7. März – telefonisch unter (030) 678 01 11 oder www.berlinerkonzerte.de und an der Kasse des Konzerthauses zum Preis von 12 bis 32 EURO.

Auf Wunsch weitere Informationen unter (030) 20672804

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand beschloss einstimmig auf seiner Sitzung am 23.02.05 den Finanzplan für das Jahr 2005. Über zu erwartende Sonderausgaben soll beschlossen werden, wenn diese konkret zu beziffern sind. Nach wie vor sind die Mitgliedsbeiträge die wichtigste Einnahmequelle von ISOR. Auch aus dieser Sicht gebührt der Gewinnung neuer Mitglieder Vorrang, um die Arbeit mittel- und langfristig finanziell abzusichern.



Prof. Dr. Wolfgang Edelmann berichtete über Fortschritte in den Verhandlungen mit dem Bundesverwaltungsamt und der Birtler-Behörde zur Herausgabe relevanter Daten. (siehe nachfolgende Information)

Möglicherweise kann bereits im II. Quartal mit der Auswertung erster Unterlagen begonnen werden. Unter Einbeziehung von Fachleuten aus dem MdI wurde begonnen, vergleichende Unterlagen zu erschließen, was analog auch für die NVA erfolgen soll.



Der Vorstand trat Auffassungen entgegen, von der gemeinsamen Arbeitsgruppe Prof. Dr. Edelmann/Dr. Wellschmied kurzfristig Ergebnisse bzw. nur die Bestätigung subjektiver Ansichten zu erwarten. Ergebnisse in Form rechtserheblicher Tatsachen, über die noch zu diskutieren sein wird, können erst am Ende einer aufwändigen wissenschaftlichen Arbeit stehen, um de-

ren inhaltliche und personelle Unterstützung sich der Vorstand weiter bemühen wird.



Trotz der bisher erreichten Ergebnisse hält der Vorstand die Fortführung der Petitionen weiterhin für erforderlich.



Erste Reaktionen

Nach langjährig erfolglosen Bemühungen haben die weit über tausend Petitionen und die große Anzahl von Briefen direkt an die Birtler-Behörde schließlich dazu geführt, dass die Herausgabe der zur Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS erforderlichen Unterlagen in Aussicht gestellt wird. Das ist ein erster Erfolg.

Im Schreiben vom 16.02.05 des mit der Bearbeitung des Antrags von ISOR e.V. beauftragten Mitarbeiters der Behörde heißt es:

»Zu den in der Publikation von Dr. Jens Gieseke »Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90« genannten Quellen habe ich Archivrecherchen bereits eingeleitet. Nach entsprechender Rückmeldung aus dem Archivreichtum werde ich die Unterlagen anfordern. Ich gehe davon aus, dass ich Ihnen im zweiten Quartal d. J. Terminvorschläge für die Einsichtnahme unterbreiten kann.

Die Recherche nach weiteren sachdienlichen Unterlagen im erschlossenen Bestand wird parallel durchgeführt. Die Sichtung dieser Unterlagen wird voraussichtlich mehr Zeit erfordern, so dass ich diesbezüglich noch keine Ter-

minprognose abgeben kann. Entscheidend wird sein, welches Ergebnis die Recherche erbringt (bezüglich des Umfangs der in Frage kommenden Unterlagen). Darüber werde ich Sie zu gegebener Zeit informieren.«

Nun erwarten wir gespannt die Einhaltung dieser Zusage. Die für das zweite Quartal d. J. angekündigte Einsichtnahme wird durch Prof. Dr. Edelmann/Dr. Wellschmied (gemeinsame Arbeitsgruppe) umgehend wahr genommen. Darüber werden wir weiter in ISOR aktuell berichten. Erst wenn ISOR im Besitz der bei der Birtler-Behörde verwahrten und für die Einkommensklärung bedeutsamen Dokumente ist, haben die zahlreichen Bemühungen unserer Mitglieder ihr Ziel erreicht.

Mitteilung der Geschäftsstelle

Die 2. erweiterte Ausgabe des im Kai Homilius Verlag erschienenen Buches

Wertneutralität des Rentenrechts. Strafrechte in Deutschland?

(ISBN-Nr.: 3-89706-881-8)

liegt inzwischen in der Geschäftsstelle vor. Die 2. Auflage ist durch neue Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundessozialgerichts zu Rentenfragen ergänzt worden.

Für ISOR-Mitglieder erfolgt der Vertrieb wiederum über den Verein. Sammelbestellungen können über die TIG bei der Geschäftsstelle abgegeben werden. Der Subskriptionspreis für Mitglieder beträgt wie bisher 6,20 €



Auf der Beratung des Landesbeauftragten **Mecklenburg/Vorpommern**, Siegfried Felgner, mit Beiratsmitgliedern und einigen TIG-Vorsitzenden am 29. Januar 2005 in Kuhs informierte dieser über Probleme der Vorstandssitzung ISOR e.V. vom 26.01.2005 und erläuterte die wesentlichsten Aufgaben in Verwirklichung der Beschlüsse sowie Orientierungen der außerordentlichen Vertreterversammlung vom Oktober 2005.

Die Teilnehmer der Beratung nahmen ausführlich zu den in ihren TIG erzielten Ergebnissen und den dabei gewonnenen Erfahrungen in Auswertung der Vertreterversammlung Stellung. Sie sprachen über ihre umfangreichen Aktivitäten, möglichst jedes Mitglied und eine Vielzahl von Sympathisanten zum Schreiben von Petitionen an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu gewinnen und mit

Forderungsschreiben an den Innenminister sowie die Birtler-Behörde, diese zur Freigabe von Unterlagen zu bewegen, die es ermöglichen, neue Gutachten zu erstellen.

Als Erfolg wurde gewertet, dass die Beteiligung der Mitglieder und Sympathisanten im Verhältnis zu ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit weitaus stärker war. Dieses Ergebnis, so die Teilnehmer der Zusammenkunft, konnte im Wesentlichen aber nur erzielt werden durch das persönliche Engagement von Funktionsträgern und Mitgliedern, welche mit hohem Zeitaufwand diese Arbeit organisierten. Einig war man sich, dass Erfolge dieser Art nur erreicht werden konnten und zu wiederholen sind, wenn das Gespräch mit den Mitgliedern gesucht und geführt wird.

Im weiteren Verlauf der Beratung widmeten sich die Teilnehmer in ihrer Diskussion dem

Problem der verstärkten Mitgliedergewinnung. Eingeschätzt wurde, dass der Rückgang von Mitgliedern gestoppt, Abgänge durch Gewinnung von neuen Mitgliedern ausgeglichen werden konnten, dass es aber in jeder TIG verstärkter Anstrengungen bedarf, den Stand zu halten. Die Möglichkeiten bzw. Wege, neue Mitglieder zu gewinnen, so die Einschätzung, sind begrenzt. In einigen TIG haben sich Vorstandsmitglieder und Mitgliederbetreuer dieser Aufgabe persönlich angenommen, um sie zu koordinieren. Gefordert ist aber jedes Mitglied, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Mitglieder zur regelmäßigen Mitarbeit, z. B. als Mitgliederbetreuer/Kassierer oder für andere Aufgaben zu gewinnen, war ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion, ist es doch ein Problem, welches in allen TIG auf der Tagesordnung steht.

Grohmann, TIG Rostock, Vorsitzender



► Fortsetzung auf Seite 3

► **Fortsetzung von Seite 2**

Die Mitglieder der TIG **Suhl, Ilmenau und Meiningen** haben sich im Januar 2005 zusammengefunden, um gemeinsam mit unseren Vorsitzenden Horst Parton die aktuelle Lage im weiteren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts zu erörtern und unseren Mitgliedern eine Orientierung für weitere Aktivitäten zu geben. In dieser Veranstaltung mit 130 Teilnehmern konnten die TIG-Vorsitzenden, der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe der Vereine und Verbände der Stadt Suhl, der Ehrenvorsitzende der Volkssolidarität der Stadt Suhl und der Region Südthüringen, die Vorsitzenden des BRH, der GRH und des DBwV (der Region) sowie E3-Betroffene des Staatsapparates der DDR begrüßt werden. Die Ausführungen von Horst Parton zur E3-Problematik – ausgehend von den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts – wurden von den Betroffenen mit Zustimmung aufgenommen, und sie bekundeten zugleich ihre Solidarität bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Im Verlauf der Veranstaltung gab der Vorsitzende unserer TIG, Gerhard Neupert, eine Analyse der altersmäßigen Zusammensetzung, die bedeutsam für den noch langen Weg bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts ist. So konnte unsere TIG den Stand von 400 Mitgliedern schon über viele Jahre konstant halten. Neuaufnahmen 2003/2004 waren überwiegend Mitglieder rentenferner Jahrgänge. Statistisch sieht die altersmäßige Zusammensetzung wie folgt aus:

- 30 % über 70 Jahre
- 40 % zwischen 60 und 70 Jahre
- 30 % unter 60 Jahre

Peter Schlegel, Mitglied des Beirats und des Vorstands der TIG Suhl



Im November führten wir in der TIG **Rügen** unter Teilnahme des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern Siegfried Felgner eine gut besuchte Gesamtmitgliederversammlung durch. Schwerpunkt war die Auswertung der außerordentlichen Vertreterkonferenz im Oktober 2004 in Berlin. Im Ergebnis dieser Veranstaltung ist festzustellen, dass vor allem noch vom Rentenstrafrecht Betroffene dem Aufruf zum Schreiben von Petitionen gefolgt sind. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang, dass sich auch nicht mehr vom Rentenstrafrecht betroffene Mitglieder mit Petitionen gegen die Aufrechterhaltung des § 7 AAÜG an den Deutschen Bundestag wandten. Das nenne ich aktive Solidarität und rufe auf, diesem Beispiel zu folgen.

Werner Schlesinger



Am 29. Januar 2005 fand unsere Jahresversammlung der TIG **Bln.-Treptow** statt, auf der insbesondere die aktuellen Probleme und Auf-

gaben zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts zur Beratung standen. Ausgehend von der außerordentlichen Vertreterversammlung der ISOR sprach hierzu eindringlich, überzeugend, aber auch emotional Professor Horst Bischoff. Die Diskussion war von kämpferischem Optimismus durchdrungen und ging insbesondere auf Inhalt und Form einzelner Aktivitäten ein, die zeigten, dass es unter anderem gelingt, Erscheinungen der Resignation, besonders bei ehemaligen Angehörigen des MfS, abzubauen und in Aktivitäten umzusetzen.

Karl Jaschob



Auf der Grundlage der auf der außerordentlichen Vertreterversammlung in Anbetracht der neu entstandenen Situation durch den Vorsitzenden Horst Parton gestellten Aufgaben hat der Vorstand der TIG **Chemnitz** bereits im Oktober des vergangenen Jahres begonnen, die Mitglieder auf die erneute Abfassung von Petitionen vorzubereiten.

Von vornherein wurde dabei Hauptaugenmerk auf das Einreichen von Einzelpetitionen gelegt, obwohl auch dem Wunsch vieler Mitglieder hinsichtlich Sammelpetitionen entsprochen wurde.

Im eigenen Mitteilungsblatt der TIG Chemnitz wurden dazu inhaltliche Hinweise und Formulierungshilfen gegeben und unter Einbeziehung von Vertretern aus den TIG des Regierungsbezirks in einer Beratung mit 80 Gruppenbetreuern und in zwei Mitgliederversammlungen praktische Ratschläge erteilt. Inhaltlich ging es dabei um zwei grundsätzliche Probleme:

- die Forderung nach endgültiger Beseitigung der Entgeltkürzung für den im § 7 Abs. 1 AAÜG erfassten Personenkreis und
- um die Forderung nach Herausgabe der Daten über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstruktur im MfS.

Diese Aktivitäten der TIG werden von der PDS und von den in der »Rentnerinitiative Chemnitz« vertretenen Vereinen und Verbänden unterstützt. In diesem Zusammenhang ist es besonders erfreulich, dass durch Freunde der GBM, Ortsverband Chemnitz, eigenständig eine Sammelpetition zur Bekanntgabe der Daten über die Qualifikations- und Einkommensstruktur an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gerichtet wurde, die von einer Vielzahl unserer Mitglieder, den Familienangehörigen und anderen Personen unterschrieben wurde.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden in den TIG des Regierungsbezirks Chemnitz zu den genannten Schwerpunkten zahlreiche Einzelpetitionen abgefasst und darüber hinaus

- rund 1.650 Unterschriften zur Beseitigung der noch bestehenden Entgeltbegrenzung für die ehemaligen MfS-Angehörigen nach § 7 AAÜG

- und rund 2.000 Unterschriften mit der Forderung nach Herausgabe der Daten zur Qualifikations- und Einkommensstruktur eingeholt. Selbst Mitglieder, die jetzt ihren Wohnsitz in den »alten« Bundesländern haben, beteiligten sich an der Aktion.

Als besonders positiv ist zu werten, dass im Ergebnis der persönlichen Gespräche zur Unterschriftenleistung für die Sammelpetitionen weitere Mitglieder für ISOR gewonnen werden konnten.

Bei den Gesprächen mit Bürgern, die nicht zum Kreis der ehemaligen Angehörigen des MfS gehören, brachten diese in verschiedenen Fällen die Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass das Rentenstrafrecht nach wie vor in Form der Verweigerung der rentenrechtlichen Gleichstellung für die ehemaligen Angehörigen des MfS fortbesteht. Daraus ergab sich letztendlich die Zustimmung, unseren Kampf um Rentengerechtigkeit durch ihre Unterschriftenleistung in den entsprechenden Sammelpetitionen zu unterstützen. **Horst Beckert**



Auf der Jahreshauptversammlung der TIG **Berlin-Köpenick** vermittelte Prof. Dr. Bischoff eine klare und umfassende Analyse zum Stand und den Aussichten unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. Die Tagung stand im Zeichen fester Solidarität der ehemaligen Angehörigen der VP, des Zolls und der NVA mit den ehemaligen MfS-Mitarbeitern. Sie haben in unzähligen Petitionen und Schreiben an die Bundesregierung, namhafte Politiker und auch Richter aufgefordert, nach nunmehr 14 Jahren endlich Schluss mit der Strafjustiz im Sozialrecht zu machen.

Hohe Anerkennung fand durch die Tagungsteilnehmer auch das Wirken des ehemaligen DDR-Botschafters Dr. Joachim Mittdank, der als Gast teilnahm. Seine Gespräche mit ehemaligen Verantwortungsträgern der BRD sowie auch heutigen politisch Verantwortlichen in Parlamenten und Parteien, keine Ausgrenzungen von ehemaligen MfS-Angehörigen zuzulassen, verdient unseren besonderen Respekt. Es sei daran erinnert, so Mittdank, dass ohne die verantwortungsbewusste Haltung der Mitarbeiter der Passkontrolle niemals die damaligen Verträge im Reise- und Transitverkehr politisch zum Tragen gekommen wären. An dieser Beweislage kam auch ein Herr Struwe als damaliger Verhandlungspartner nicht vorbei. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass zur Wendezeit kein einziger Schuss gefallen ist. Diese Mitarbeiter sind heute vom Rentenstrafrecht ebenso voll betroffen.

Interessant und überlegenswert sind auch die Diskussionen zum so genannten E3-Urteil, zu welchem nun die Bundesregierung im Juni 2005 Position beziehen muss. Dieses Urteil